



Bundestagsabgeordnete Doris Barnett

Doris Barnett berichtet: Aus Berlin in die Pfalz – Neues aus dem Bundestag

03. Juli 2015

Liebe Genossin, lieber Genosse, eigentlich geht es uns ja gut, und eigentlich können wir uns entspannt zurücklehnen - aber halt nur „eigentlich“! Denn tatsächlich rumort es ganz gewaltig in der Welt! Nicht nur der IS macht uns sorgen und vielen auch Angst. Denn er mordet nicht nur „ganz weit weg“ - die Gefahr, die vom IS ausgeht, ist inzwischen auch ganz real für uns. Ausgerechnet jetzt, zu Beginn der Urlaubszeit, treffen seine fanatischen Anhänger arglose Touristen in Ländern, die *eigentlich* als stabil betrachtet wurden.

Und da haben wir auch die Krise in Griechenland. Hier müssen wir meiner Meinung nach beweisen, dass Solidarität auch in Europa gilt und dabei allerdings KEINE Einbahnstraße ist, sondern alle mitarbeiten müssen. Das kann aber nicht heißen, dass die ganzen Reformanstrengungen nur den „kleinen Mann“ treffen! Die Bevölkerung muss spüren, dass die Hilfe für sie gemeint ist und die Hilfe muss auch bei ihr an-

kommen - dann bleibt Europa auch zusammen.

Und dann haben wir noch die Ukraine-Krise. Die Schlagzeilen, die von dort kommen, gehen im Augenblick etwas unter, stehen hinter Griechenland etwas zurück. Aber genau diese Krise macht mir zunehmend Angst. Beide Seiten rüsten auf, Waffen werden herangeschafft. Die einzelnen Scharmützel scheinen sich jetzt wieder entlang der ganzen Grenzlinie auszubreiten.

Am Samstag, 4. Juli 2015, werde ich zur Jahrestagung der OSZE Parlamentarischen Versammlung nach Helsinki fliegen. Wir können dort den 40. Jahrestag der Unterzeichnung des KSZE-Protokolls feiern - *eigentlich*. Wäre da nur nicht die Sanktionsliste und das finnische Außenministerium, das ausgerechnet im Jubiläumsjahr den russischen Delegierten (und das sind russische Abgeordnete), die auf der Liste stehen, die Einreise nach Helsinki verwehrt. Das ist zum jetzigen Zeitpunkt - gerade angesichts der Ukraine-Krise,

ein großer Affront. Solche Parlamentarischen Versammlungen dienen gerade dazu, in Richtung Entspannung zu wirken, für Verständnis zu werben, Übereinkünfte zu erzielen. Viele von uns Teilnehmern aus den 56 Parlamenten haben absolut kein Verständnis für diese Maßnahme des finnischen Außenministeriums. Denn erstens: Welchen Sinn macht eine Organisation für *Sicherheit und Zusammenarbeit* in Europa (OSZE) ohne Russland? Und zweitens: Wir, die Abgeordneten in ihren Parlamenten, also die Legislative, bestimmen, wie sich unsere Delegationen für Internationale Organisationen zusammensetzen. Das scheint aber noch nicht bei allen Regierungen „angekommen“ zu sein. Hierzulande haben wir keine Probleme!

Ja, die Spirale ist in Gang gesetzt. Wir müssen alles tun, um das zu stoppen!

Eure

Zwischenbilanz: Die SPD ist die prägende Kraft • Griechenland: Solidarität ist keine Einbahnstraße • Flüchtlingsaufnahme: Europäische Solidarität notwendig • Anerkennung von Berufsabschlüssen wird erleichtert

Zwischenbilanz: Die SPD ist die prägende Kraft

Nächste Woche beginnt die parlamentarische Sommerpause. Wir haben ein erfolgreiches erstes Halbjahr 2015 hinter uns. Die SPD-Bundestagsfraktion ist weiterhin die prägende politische Kraft in der Großen Koalition.

Ob Frauenquote, Mietpreisbremse, höheres Wohngeld und mehr Geld für Familien und Alleinstehende, Kitaplätze und BAföG. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben erfolgreich für viele Vorhaben gekämpft, die das Leben der Menschen verbessern.

Um Daseinsvorsorge und Investitionen vor Ort zu sichern, haben wir zudem ein milliardenschweres Entlastungspaket für Kommunen durchgesetzt. Gleichzeitig sorgen wir mit einem ausgeglichenen Haushalt dafür, dass wir nicht länger auf Kosten unser Kinder und Enkelkinder leben. Ich finde, auf diese Zwischenbilanz können wir stolz sein! Und auch in den kommenden Monaten haben wir noch einiges vor: z.B. den Missbrauch von Werk- und Leihverträgen einzudämmen, die Lohndiskriminierung von Frauen zu stoppen oder eine verfassungsfeste, gerechte Besteuerung vererbten Vermögens zu sichern.

Griechenland: Solidarität ist keine Einbahnstraße

Monatelang haben die europäischen Institutionen mit Griechenland um eine tragfähige Grundlage gerungen, damit das zweite Hilfspaket fortgesetzt werden kann. Und obwohl die Gläubiger Griechenland sehr weit entgegen gekommen sind und eine Einigung greifbar war, hat Griechenland die Verhandlungen abrupt beendet.

Mit diesem verantwortungslosen Taktieren schadet die griechische Regierung vor allem der eigenen Bevölkerung. Nicht nur, weil die Griechinnen und Griechen bei einer möglichen Staatspleite massive Einschnitte erleiden, sondern auch weil dadurch mutwillig der Erfolg ihrer bisherigen Anstrengungen aufs Spiel gesetzt wird.

Solidarität ist das Fundament der Europäischen Union. Solidarität kann allerdings nur derjenige einfordern, der bereit ist, selbst Verantwortung für sein Handeln zu übernehmen. Gegen dieses grundlegende Prinzip hat die griechische Regierung nun fundamental verstoßen. Sie ist erkennbar nicht willens, notwendige Reformen im Gegenzug für weitere Hilfen in die Wege zu leiten. Deshalb haben sich alle übrigen 18 Euro-Staaten zu Recht ge-

schlossen dazu entschieden, das zweite Hilfsprogramm nicht zu verlängern. Weitere Hilfen sind nur zu verantworten, wenn Griechenland endlich Staatswesen und Wirtschaft modernisiert. Und dadurch die Grundlage schafft, dass das Land nicht dauerhaft auf fremde Hilfe angewiesen ist.

Jede Regierung hat das Recht, das Volk in einem Referendum über seine Zukunft entscheiden zu lassen. Aber genauso muss die Entscheidung aller anderen demokratisch gewählten Regierungen der Eurozone respektiert werden. Fakt ist: Die griechische Regierung hat Griechenland und die Eurozone in eine schwierige Lage manövriert. Umso wichtiger ist es, dass alle anderen Beteiligten Vernunft bewahren. Es gilt, den Schaden für Europa wie auch für die griechische Bevölkerung zu begrenzen. Die Euro-Staaten haben Griechenland klar signalisiert, dass die Tür für konstruktive Verhandlungen weiter offen steht. Jetzt ist Griechenland am Zug. Ich wünsche mir, dass die griechische Bevölkerung in dem nun anstehenden Referendum eine verantwortungsvolle Entscheidung trifft.

Flüchtlingsaufnahme: Europäische Solidarität notwendig

Wir brauchen ein starkes Europa, eines das zusammenhält und nicht in die Einzelinteressen seiner Mitgliedstaaten auseinanderfällt. Solidarität ist auch unabdingbar, um die Herausforderung der stetig wachsenden Zahl von Menschen zu bewältigen, die in Europa Zuflucht suchen.

Gegenwärtig nehmen fünf Mitgliedstaaten gut 70 Prozent aller Asylsuchenden auf. Der Europäische Rat hat vergangene Woche vereinbart, in den nächsten beiden Jahren zunächst 40.000 Flüchtlinge von Italien und Griechenland innerhalb der EU auf freiwilliger Basis neu zu verteilen. Dies kann jedoch nur ein erster Schritt sein. **Es bleibt notwendig, dass sich die Mitgliedsstaaten auf einen fairen und festen Verteilungsschlüssel verständigen.**

Auch unser Land ist mit der Versorgung von Flüchtlingen und Asylsuchenden gefordert, es ist aber nicht überfordert, wenn die föderalen Ebenen gemeinsam die Verantwortung dafür schultern. Bund, Ländern und Kommunen haben sich deshalb auf weitere konkrete Maßnahmen verständigt, um die Lasten fair zu verteilen:

- Der Bund verdoppelt 2015 seine Soforthilfe für Länder und Kommunen auf 1 Mrd. Euro. Ab

2016 wird der Bund dann dauerhaft einen substanziellen Beitrag zu den Kosten für Versorgung, Unterkunft und Integration von Asylsuchenden leisten.

- Um die Asylverfahren zu beschleunigen, stocken wir das Personal beim Bundesamt für Flüchtlinge 2015 und 2016 nochmals um insgesamt 2000 Stellen auf.
- Wir wollen die Menschen unterstützen, sich rasch in ein neues Lebens- und Arbeitsumfeld zu integrieren. Deshalb werden die vom Bund geförderten Sprach- und Integrationskurse künftig für Asylsuchende und Geduldete mit guter Bleibeperspektive geöffnet.
- Zudem haben wir mit unserem Koalitionspartner vereinbart, dass die Aufnahme einer qualifizierten Berufsausbildung für junge Asylsuchende und Geduldete ausdrücklich als Duldungsgrund gelten kann.

Anerkennung von Berufsabschlüssen wird erleichtern

Die Verfahren zur Anerkennung von Berufsqualifikationen innerhalb der Europäischen Union und des Europäischen Wirtschaftsraumes wurden durch eine EU-Richtlinie modernisiert und vereinfacht. Wir setzen diese Richtlinie nun in nationales Recht um.

Es wird beispielsweise die elektronische Übermittlung von Anträgen und Unterlagen eingeführt, wodurch ein einfacherer Zugang zur Anerkennung und raschere Verfahren ermöglicht werden. Darüber hinaus wird die zeitnahe und flexible Aus- und Bewertung von Statistiken durch das Bundesinstitut für Berufsbildung möglich, wodurch die Bundesregierung das Anerkennungsgesetz besser kontinuierlich evaluieren und gegebenenfalls anpassen kann. **Grundsätzlich werden durch die Reform die Hürden für den Wechsel in einen anderen EU-Mitgliedstaat sinken und sich die Mobilität erhöhen.**